

Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung

erschienen in: Gstach, D./Hubenthal, H./Spitthöver, M. (Hg.): Gärten als Alltagskultur im internationalen Vergleich, S. 119-134, Arbeitsberichte des Fachbereichs Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 169, Universität Kassel 2009

Erstmals in der Menschheitsgeschichte lebt seit Beginn des 21. Jahrhunderts die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten, nicht mehr auf dem Land. Städte werden mehr und mehr zu Brennpunkten des durch Globalisierungsprozesse initiierten Strukturwandels; in ihnen öffnet sich die soziale Schere zwischen Zugang und Ausschluss, zwischen Drinnen und Draußen immer weiter.

Zugleich sind Städte heute jedoch auch Laboratorien für eine zukunftsfähige Weltgesellschaft. Während in den Metropolen des Südens und zunehmend auch Nordamerikas der Kampf um den Zugang zu Nahrungsmitteln und Gemeinschaftsgütern wie Wasser, Luft und Boden im Vordergrund steht, entwickeln sich in vielen europäischen Städten neue zivilgesellschaftliche Formen der Eigeninitiative, des Empowerment und der Selbstversorgung jenseits von Knappheit und Not. Sie machen deutlich, dass Städte nicht per definitionem Orte des passiven Konsums sind, sondern auch Schauplatz von kreativen Neuaneignungen und Neuinterpretationen. In diesem Prozess zeigen sich die ersten Konturen einer zivilgesellschaftlichen Inwertsetzung des öffentlichen Raums als Lebensraum und als Raum einer am Gemeinwesen orientierten, vielfältigen Ökonomie des Austauschs.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Entfalten kann sich eine solche Ökonomie nur, wenn sie eingebettet ist in eine Strategie der nachhaltigen Stadtentwicklung, die die unterschiedlichsten Ebenen berührt: Neben einer dezentralen und regenerativen Energiestrategie, einer sozial und ökologisch vorausschauenden Bodenvorratshaltung und einer intelligenten Mobilitätssteuerung ist die womöglich größte Herausforderung für die Zukunft der europäischen Städte, dem Trend der Desintegration entgegenzuwirken. Um die neuen Dimensionen von sozialer Ungleichheit pointiert zu erfassen, hat der Exklusionsbegriff in der Soziologie an Bedeutung gewonnen. Registriert wird eine wachsende Zahl von Menschen, die sich nicht gebraucht fühlen, die wenig Wertschätzung erfahren und sich auch selbst tendenziell gering schätzen. Sie sind nicht zu vergleichen mit den Angehörigen der traditionellen Arbeitermilieus, die zwar benachteiligt waren, die aber ihren Platz in der Gesellschaft hatten – und die Option auf einen Aufstieg. Den Exkludierten von heute scheint der Zugang zu den Ressourcen dieser Gesellschaft verwehrt. Sie verlieren im Zuge der Ausdifferenzierung der Arbeitsmärkte und einer verfehlten Einwanderungspolitik in den europäischen Großstädten zunehmend den Boden unter den Füßen. Hier geht es um mehr als um Benachteiligung, wie der Soziologe Heinz Bude feststellt:

„Soziale Exklusion ist ... weder auf gesellschaftliche Benachteiligung zu reduzieren noch durch relative Armut zu erfassen. Sie betrifft vielmehr die Frage nach dem verweigerten oder zugestandenen Platz im Gesamtgefüge der Gesellschaft. Sie entscheidet darüber, ob Menschen das Gefühl haben, daß ihnen Chancen offenstehen und daß ihnen ihre Leistung eine hörbare Stimme verleiht, oder ob sie glauben müssen, nirgendwo hinzugehören, und daß ihnen ihre Anstrengung und Mühe niemand abnimmt. Für die Exkludierten gilt der meritokratische Grundsatz ‚Leistung gegen Teilhabe‘ nicht mehr. Was sie können, braucht keiner, was sie denken, schätzt keiner, und was sie fühlen, kümmert keinen.“ (Bude 2008:14f.) Auch wenn es berechtigte Zweifel an der analytischen Tiefenschärfe des Exklusionsbegriffs gibt, wie er von Bude verwendet wird (z. B. Castel 2008), so ist doch unbestritten, dass eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr über die Institution der lebenslangen und biographieprägenden Erwerbsarbeit eingeschlossen wird. Ein weiteres zentrales Ausschlusskriterium sind die signifikanten Bildungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen aus unterprivilegierten Verhältnissen, insbesondere aus den Zuwandererfamilien, die u.a. auf ein unzulänglich funktionierendes Bildungssystem zurückzuführen sind.

Lenkt man den Blick auf die Dynamik, die diese Phänomene hervorbringt, zeigt sich die kalte Zweckrationalität eines entfesselten Marktes, der Humankapital ohne Verwertungsperspektive gnadenlos aussortiert und an den Rändern der Gesellschaft ablegt. Die Durchdringung eigentlich nicht-ökonomischer Sphären wie dem Familienleben, der Ausbildung in Schulen und Universitäten oder der Gestaltung des öffentlichen Raums durch (global)ökonomische Rationalitäten nimmt immer mehr Einfluss auf das gesellschaftliche Miteinander. So zeigen die jüngsten Ergebnisse der Langzeituntersuchung des Sozialwissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer, dass die Ökonomisierung des Sozialen zur Zurückdrängung nicht-marktrelevanter Handlungsmuster wie Empathie oder Fürsorglichkeit führt. Dies bekommen insbesondere Minderheiten wie Langzeitarbeitslose oder obdachlose Menschen zu spüren; sie werden von

einer wachsenden Zahl von Befragten abgewertet (vgl.: Heitmeyer 2008). Eine düstere Diagnose, insbesondere für die großen Städte.

Die Frage ist, ob die Gesellschaft geeignete Mittel findet, dieser Verwertungsdynamik und ihren Folgen in den Mikromilieus des Sozialen adäquat zu begegnen. Denn die Ökonomisierung der Lebensbereiche drängt nicht nur immer mehr Menschen in eine prekäre Lage. Sie zieht zugleich auch das kreative Potenzial einer Gesellschaft ab, indem sie nahezu jede schöpferische Tat – eines Einzelnen, einer sozialen Bewegung oder einer kulturellen Minderheit – aufsaugt und kurze Zeit später als vermarktbare Produkt ausstößt.

Längst überfällig und auf Dauer unverzichtbar wäre zweifellos eine grundlegende Neuorientierung der Wirtschaft nach (global geltenden) Regeln sozialer und ökologischer Fairness. Ohne das bleibt „nachhaltige Stadtentwicklung“ ein schillernder Begriff, der das Lokale adressiert, aber nicht ohne das globale Umfeld und damit auch die globalen Interessen des Marktes gedacht werden kann. Die in den neunziger Jahren verabschiedete Habitat Agenda oder auch die Aalborg-Charta zu zukunftsfähiger Stadtentwicklung begegnen diesem zentralen Widerspruch mit der der politischen Sphäre häufig eigenen Tatenlosigkeit. Aber auch wenn das Postulat der notwendig radikalen globalen Umsteuerung noch auf viel zu wenig Resonanz stößt, macht es Sinn, heute schon neue Formen des materiellen und immateriellen Austausches zu erkennen und zu fördern. Dazu eignet sich nichts besser als der Nahraum, in dem die Menschen ihr tägliches Leben gestalten. Denn neben den eher düsteren Zeitdiagnosen lassen sich auch soziale Phänomene beobachten, die die geschilderten Desintegrations- oder Entbettungstendenzen konterkarieren. So nehmen zunehmend mehr Menschen ihre Belange wieder in die eigenen Hände. Sei es, weil sie auf die Kreativität der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der sozialen und ökologischen Herausforderungen bauen, sei es, weil sie sich nicht damit abfinden wollen, als Erwerbslose auch Beschäftigungslose zu sein, oder sei es, weil sie in den Sog einer Erwerbsarbeit geraten sind, die ihnen keinen Wohlstand, sondern Mangel – an Zeit, an Sinn, an Gemeinschaft – beschert (Baier/Müller/Werner 2007).

So stellt sich also die Frage, was können Städte und Gemeinden heute auf lokaler Ebene tun, um diese Akteure zu unterstützen und den Herausforderungen zu begegnen? Was charakterisiert eine nachhaltige Stadt?

Eine nachhaltige Stadt wäre eine Stadt,

- die offensiv am Gemeinwesen orientiert ist,
- die Partizipation ermöglicht und Menschen Infrastrukturen zur Verfügung stellt, um deren Produktivität und Kreativität auch außerhalb des Marktes und der Erwerbsarbeit in die Welt zu bringen,
- die Stadt auch als Natur-Raum begreift, innerstädtische Freiflächen schafft und renaturiert, damit die Menschen, und insbesondere Kinder, Naturerfahrungen machen können,
- die sich als plural begreift, was die Herkünfte und Lebensstile ihrer BewohnerInnen betrifft und die ein Bewusstsein fördert, dass alles im Wandel ist und auch kulturelle Orientierungen ein Ergebnis von Aushandlungsprozessen sind und nicht von essenzialistischen Setzungen sind,
- die in fairen ökonomischen Beziehungen zum Weltmarkt und zu den umliegenden Regionen steht,
- die die Energieversorgung dezentralisiert, den Individualverkehr durch intelligente Verkehrskonzepte ersetzt und die Zersiedelung und Ausweisung von weiteren Bebauungsflächen stoppt.

In einem solchen Handlungsfeld, das als ein experimentell angelegter großer Werkraum vorstellbar ist, gelangten die von der Nachhaltigkeitsrhetorik jahrelang malträtierten „Säulen“ des Sozialen, Ökonomischen und Ökologischen in den Kontext einer konkreten Gestaltung des Urbanen. In ihr stünden auch vermeintliche Polaritäten wie die zwischen Natur und Stadt/Kultur oder auch Stadt und Land neu zur Debatte.

Eine nachhaltige Stadt wäre also eine Stadt, die Raum schafft für neue Wohlstandsmodelle, für Formen des Zusammenlebens von Menschen, die nicht von materiellem Überfluss geprägt sind, sondern von Begegnung und dem miteinander Tätigsein. Dies sicher nicht in der Tradition einer dörflichen Subsistenzwirtschaft, aus der es kein Entrinnen gab, sondern im Sinne einer den Individualisierungsgrad ernstnehmenden und integrierenden urbanen Subsistenz.

Erste Ansätze haben sich längst gebildet. In dem 2007 publizierten Buch *Wovon Menschen leben* haben Andrea Baier, Karin Werner und ich vier Trends der zeitgenössischen Subsistenz identifiziert: Nahraum gestalten, Für andere da sein, Selber machen und Natur erleben/Natur bewahren. Uns sind dabei gerade im großstädtischen Bereich neue Formen des Sozialen aufgefallen, die kompatibel sind mit den individualistischen Strategien des modernen Individuums. Beispielsweise entstanden im Kontext der Berliner Ideenwerkstatt „workstation“ Selbstversorgungspraktiken, die eine interessante Melange zwischen gemeinschaftlicher und nichtkommerzieller Bereitstellung und Nutzung von freien WLAN-Netzen auf der einen Seite und der Erschließung und Bearbeitung von urbanen Nachbarschaftsgärten auf der anderen Seite bilden. Diese PionierInnen der urbanen Selbstversorgung bauen sich Lastenfahräder selbst, um unabhängig

vom Auto zu werden und um handwerkliches Können zu verbreiten. Oder sie schließen sich mit der Kunstszene zusammen und inszenieren temporäre Events im öffentlichen Raum: Wie im Sommer 2007, wo auf einem Parkgaragendach am U-Bahnhof Kottbuser Tor Gärten entstanden. Die beteiligten KünstlerInnen waren nicht auf der Suche nach Salat, aber eindeutig nach Inspiration durch überraschende Formen der Begegnung – und durch die Natur. „Pony Pedro“, ein Zusammenschluss von Kreativen, die Kunst- und Kulturprojekte im urbanen Raum realisieren, musste nicht lange auf sein Kunstwerk *Nutzgärten vor urbaner Betonkulisse - Selbstversorger aus der Nachbarschaft bepflanzen zwölf Parkplätze* warten: Kaum war die Muttererde mit Kränen angeliefert, griff die deutsch-türkische Bevölkerung gemeinsam mit Künstlern und Kiezbewohnern zu Hacke, Spaten und Teegläsern und verbrachte einen „produktiven“ Sommer auf dem Parkgaragendach.

Interkulturelle Gärten

Dass es in erster Linie BewohnerInnen türkischer Herkunft waren, die dem Projekt zum Erfolg verhelfen, liegt nicht allein an der Bevölkerungsstruktur Kreuzbergs. Urbane Subsistenz ermöglicht unterschiedlichste Formen der Teilhabe. Und jedes Nachdenken über neue Formen der Inklusion und der Partizipation hat zu berücksichtigen, dass Städte zur Hauptbühne der Einwanderungsgesellschaft geworden sind. In Großstädten verdichten sich die weltweiten Migrationsbewegungen; so lebt in München oder Frankfurt mehr als ein Viertel der Bevölkerung ohne deutschen Pass. Hinzu kommen circa weitere zehn Prozent eingebürgerte Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte.

Nicht zuletzt das in den vergangenen Jahren boomende Phänomen der Interkulturellen Gärten zeigt, dass innerstädtisches Gärtnern ein effektives Brückenkonzept von transkultureller Begegnung auf der einen und Kultivierung der Stadtkultur auf der anderen Seite ist.

In Interkulturellen Gärten bauen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gemeinsam mit „eingeborenen“ Deutschen aus allen sozialen Schichten Obst und Gemüse an, tauschen Saatgut und Zubereitungsformen aus, bauen Gemeinschaftshäuser aus Holz oder Brotöfen aus Lehm, kochen, grillen und feiern zusammen. Die Bearbeitung des Bodens, die vielen erstmals ermöglicht, ihr Wissen und ihr Können in einer internationalen Öffentlichkeit zur Aufführung zu bringen, schafft ein Lernfeld, das über das Pflanzen und Ernten von Gartenfrüchten weit hinausgeht. Heute gehören zum Repertoire eines „gut sortierten“ Gartenprojekts – vor allem in den Wintermonaten – Sprach- und Computerkurse, künstlerische und handwerkliche Aktivitäten, Sport, interkulturelle Umweltbildungsarbeit, die Vernetzung im Stadtteil, vielfältige Angebote für Kinder, Fortbildungen in Ernährungs- und Gartenthemen sowie Betriebsbesichtigungen und Exkursionen.

Was Interkulturelle Gärten von vielen anderen „Integrationsmaßnahmen“ unterscheidet, ist ihre konsequente Ressourcenorientierung. Die Menschen bringen ihre Kenntnisse ins Spiel, sie erwirtschaften Überschüsse, die sie verschenken oder tauschen können; kurz: sie erfahren sich als produktiv und souverän. Damit stehen sie auf Augenhöhe zu anderen und können ihnen als Gleiche begegnen. Keine Selbstverständlichkeit für Migranten in Deutschland, erst recht keine für Flüchtlinge.

In Interkulturellen Gärten steht nicht die „Verwahrung“ der Leute in multikulturellen Teestuben oder das Besprechen problembeladener Alltagskontexte im Mittelpunkt, sondern das gemeinsame Tätigsein und die Gestaltung des unmittelbaren Umfeldes. Hier treffen unterschiedliche Sprachen, aber auch verschiedene soziale Milieus aufeinander. Vielfalt ist eben nicht auf ethnische Vielfalt zu reduzieren; Konflikte sind dabei vorprogrammiert. Die anspruchsvolle Aufgabe, die sich in den Projekten stellt, besteht darin, Gemeinsames zu entdecken. Deshalb funktioniert kein Garten „einfach so“. Die Menschen finden nicht ohne weiteres zueinander. Aber der Rahmen erleichtert das ambitionierte Vorhaben: Gemeinsam ein Stück Land gestalten, das Eigene wachsen sehen und ins Verhältnis zum Anderen setzen, sich austauschen über das Wachstum der Pflanzen wie über die eigenen Fort- und Rückschritte, das sind die großen und kleinen Möglichkeiten, die ein Garten bietet.

Auf nicht vorhersehbare Weise verbreitet sich die Idee von Interkulturellen Gärten in Deutschland – und mittlerweile auch in vielen Ländern Europas. So wurden die Internationalen Gärten Göttingen im Frühjahr 2007 von der Sustainable Development Commission der Stadt London (LSDC) als eines von acht international recherchierten Beispielprojekten ausgewählt, die die zukünftige Gestaltung der Stadtpolitik inspirieren sollen.

Die Arbeit in Interkulturellen Gärten ist mit unterschiedlichsten Bedeutungsebenen verknüpft, die im Folgenden angesprochen werden. Auf der Ebene des Individuums spielen die *Mikropolitiken der Anerkennung* eine wichtige Rolle, die der ressourcenorientierte Ansatz ermöglicht. Urbane

Subsistenzaktivitäten ermöglichen es zudem, den *öffentlichen Raum* für gemeinwesenorientierte Aktivitäten zu nutzen. Last but not least bilden Interkulturelle Gärten einen wichtigen Beitrag zur *Stadtökologie*.

Mikropolitiken der Anerkennung

Interkulturelle Gärten sind keineswegs nur für Menschen mit agrarkulturellem Hintergrund attraktiv. Sie ziehen ehemalige Bauern ebenso an wie städtische Intellektuelle, Industriearbeiter wie Hartz IV-Empfänger, türkische Hausfrauen wie persische Künstler. Für sie alle sind die Gärten mehr als nur Orte der Gemüseproduktion, sie sind Orte des zivilgesellschaftlichen Engagements insbesondere für diejenigen, von denen dies am wenigsten erwartet wird. Bekannt ist, dass bürgerschaftliches Engagement in der Unterschicht – und darunter wird ein Großteil der Migrationsbevölkerung subsumiert – eher gering ausgebildet ist. Die Mehrzahl derjenigen, die sich engagieren, stammt aus der Mittelschicht und weist ein relativ hohes Bildungsniveau auf. Zwar ist in jedem Menschen das Bedürfnis angelegt, Sinn zu produzieren, nicht nur für sich selbst zu leben, sondern sich in ein größeres Ganzes einzubetten. Jedoch ist der Wunsch mitzugestalten nicht voraussetzungslos. Eine wichtige Bedingung ist, dass Menschen sich respektiert und anerkannt fühlen in dem, was sie tun und wie sie leben. Dies bleibt heute einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern verwehrt.

Durch die im Rahmen der globalen Märkte für Arbeitskraft stattfindenden Verschiebungen und Teilauflösungen sozialer Milieus gibt es immer weniger „klassische Lohnarbeiter“, die in den Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts durchaus respektable Personen waren. Sie genossen Formen von Wertschätzung, die im eigenen Milieu produziert wurden und über politische Organisationen wie Gewerkschaften und Parteien auch gesellschaftliche Resonanz erlangten. Heute werden Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen eher bemitleidet als respektiert. Bemitleidet, weil sie von Job zu Job hetzen, denn einer alleine reicht häufig nicht mehr aus. Wenig respektiert, weil geringes Einkommen geringes Sozialprestige bedeutet. Ihnen ist der Hintergrund abhanden gekommen, auf dem sich Selbstwertgefühl und Repräsentanz erst entfalten. Die Wertminderung der Arbeit ist verbunden mit dem Verschwinden ihrer Referenzmilieus. Weil im Ruhrgebiet keine Bergarbeiter mehr gebraucht werden, löst sich auch die Bergarbeiterkultur auf; übrig bleiben Einzelne, ob mit oder ohne Erwerbsarbeit, aber in jedem Fall ohne ein traditionsreiches Milieu „im Rücken“, das ihnen Bedeutung verleiht.

Die traditionslosen Arbeitermilieus der Working Poor (Strengmann-Kuhn 2003) engagieren sich häufig nicht für das Gemeinwesen – sie sind im besten Falle mit sich selbst beschäftigt. Und dies entbehrt nicht einer konsequenten Logik: Warum sollten sie sich für ein soziales Konstrukt einsetzen, in dem sie selbst gar nicht vorkommen?

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Produktion von neuen Formen der Anerkennung für die Gestaltung von zukunftsfähigen, inkludierenden Gemeinwesen von zentraler Bedeutung. Ohne die Bedeutung von Geldeinkommen für Anerkennung unterschätzen zu wollen und auch ohne den Kampf um gerechte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen aufzugeben, sollte sich der Blick weiten in Richtung nicht-monetärer Formen der Anerkennung.

Die Interkulturellen Gärten sind ein gutes Beispiel für Anerkennungsproduktion. Sie setzen bei Kompetenzen und Wissensbeständen an. Niemand kommt als unbeschriebenes Blatt in dieses Land, alle bringen etwas mit, z. B. wertvolles lokales Wissen, das aber nicht mehr gefragt ist, eben weil es der Markt nicht nachfragt. Welche Potenziale jedoch in kultivierten Formen der Gastfreundschaft stecken, in feinen Gesten der Inklusion, in der Kunst des Erzählens, im fürsorglichen Miteinander, das wissen die zu schätzen, die eine Zeitlang in einem Interkulturellen Garten verbracht haben. Es ist kein Zufall, dass die Gärten auf Anregung von Exkludierten entstanden sind. Sie wussten, was ihnen am meisten fehlte: Wärme, Anerkennung und der Wunsch, dem Leben wieder einen Sinn zu geben.

Gleichzeitig weiß jeder/r, der im Umfeld eines Interkulturellen Gartens arbeitet, woran es außerdem mangelt: Da sind die Bedingungen, unter denen Flüchtlinge in Europa leben müssen, und da sind die strukturellen Bedingungen, die soziale Exklusion bewirken. So wichtig Ressourcenorientierung und Empowermentstrategien sind: Die notwendige Transformation von einer postindustriellen zu einer nachhaltigen Gesellschaft wird nicht durch sozialarbeiterische Ansätze gelingen. Dazu braucht es grundlegende strukturelle Änderungen. Wenn man die Gesellschaft auf einen zukunftsfähigen Kurs bringen will, kann man sozialer Ungleichheit jedoch auch nicht nur mit Bildungsoffensiven und Mindestlöhnen begegnen. Außerdem hat die fatale Entwicklung der letzten Jahrzehnte, Menschen auf den Status von Konsumenten zu reduzieren und diesem Ziel rücksichtslos lokale und regionale Vielfalt zu opfern, mehr als nur soziale Folgen. Sie berühren sehr grundsätzliche Fragen der Sinnproduktion. Eine nachhaltige Gesellschaft müsste auch Formen von lokalen und regionalen Produktions- und Konsumtionsbezügen re-etablieren. Deshalb ist auch und gerade in den Städten die Förderung einer *urbanen Infrastruktur der*

Subsistenz – zum Beispiel durch die Bereitstellung von Freiflächen, durch die Einrichtung von Offenen Werkstätten oder durch die Förderung von neuen Stadt-Land-Kooperationen – eine zunehmend unverzichtbare Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen (Dahm/Scherhorn 2008). Dabei muss klar sein, dass Selbstversorgung kein Ersatz für den Sozialstaat sein kann. Nicht ein „Armutproduktions-Sektor“ soll gefördert werden, sondern vielmehr eine Ökonomie der Vielfalt, die von gemeinschaftlicher Selbstversorgung und Gestaltungsfreiräumen geprägt und auch für die Mittelschichten interessant und attraktiv ist. Eine solche Ökonomie käme dem aristotelischen Begriff der *oikonomia* mit seiner Fokussierung auf die Versorgung erheblich näher als die nach der abstrakten Akkumulationslogik gesteuerte formelle Wirtschaft.

Subsistenz im 21. Jahrhundert ist – zumal in der Stadt – nur noch über Geld vermittelt möglich. Sie ist auch nicht mehr denkbar als Gegensatz zur Warenproduktion, sondern als notwendiges, aber dadurch auch kolonisiertes Komplement. Öffentliche und urbane Formen der Subsistenz können sich nur entfalten, wenn der Staat garantiert, dass die BürgerInnen zum Leben notwendige Geldmittel erhalten und den öffentlichen Raum vor der rein marktorientierten Logik schützt. Deshalb ist das Engagement für Subsistenz heute notwendigerweise verknüpft mit einem Engagement für den Erhalt des Sozialstaats, auch wenn diese Erkenntnis im Spiegel der Autonomievorstellungen der achtziger Jahre als Paradox erscheint. So wie die Autonomen den Staat als größten Feind betrachten, sehen viele staatliche Institutionen, insbesondere in der sozialdemokratisch-sozialistischen Tradition, die Subsistenz als anachronistisches Relikt, über dessen Wiedererstarken man allenfalls verwundert den Kopf schüttelt. Insbesondere in der Linken gilt Lohnarbeit unangefochten als eigentlich und einzig wertschöpfende Arbeit – alles andere wie einfache Warenproduktion, Kleinhandel, Versorgungsarbeit oder kleinbäuerliche Produktion dagegen als vernachlässigungswürdig, eben „informelle“ und damit „inexistente“ Faktoren der Produktion, die folgerichtig auch nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen. Es gehört innerhalb der linearen Modernisierungstheorien – übrigens „linker“ wie „rechter“ Provenienz – immer noch zum Konsens, dass die Subsistenzproduktion im Zuge der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung nach und nach überall auf der Welt der Warenproduktion weichen wird. In Wirklichkeit aber ist Subsistenz nie verschwunden aus der Marktgesellschaft, im Gegenteil: Sie bleibt ihr unverzichtbarer Bestandteil; sei es in Form von häuslicher Versorgungsarbeit, sei es in Form von urbaner Landwirtschaft, sei es in Form der Nachbarschaftshilfe oder sei es in Form von zivilgesellschaftlichem Engagement (vgl. Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen 1983; Baier/Müller/Werner 2007; Dahm/Scherhorn 2008).

Den öffentlichen Raum verteidigen

Und das ist womöglich einer der Gründe, warum es in vielen Städten eine Debatte über den öffentlichen Raum gibt. Dabei wird beklagt, dass Entfunktionalisierung durch Kommerz und „autogerechte“ Nutzung zu Verödung und letztlich zu Segregation führen. Die sogenannte Europäische Stadt ist ohne einen belebten, demokratisch bespielten öffentlichen Raum zum schleichenden Tod verurteilt. Folgerichtig ist von der Wiedereroberung des öffentlichen Raums die Rede, und dies nicht nur in Autonomienkreisen. Auch von StadtplanerInnen ist zu hören, dass der öffentliche Raum als tragende Struktur der Europäischen Stadt erhalten und weiterentwickelt werden müsse (vgl. Deutscher Städtetag 2006). Einer besonderen Bedeutung kommt dabei der Förderung unterschiedlichster Nutzungsformen zu – innerstädtisches Leben und Arbeiten, Sichtbarkeit auch der Tätigkeiten des informellen Sektors sowie vielfältiger kultureller Aktivitäten. Dabei darf nicht unterschätzt werden, dass der Zugang zum öffentlichen Leben auch ökonomisch unterprivilegierten sozialen Gruppierungen zum Stadtbild gehört und nur die wenigsten sich „optisch bereinigte“ öffentliche Orte wünschen. Eine demokratische Stadtkultur ist Teil der Lebensqualität von allen. Und sie korrespondiert mit dem Bedürfnis von Menschen, sich in die Welt zu bringen, nicht nur im privaten Umfeld, sondern auch im Kontext des öffentlichen Raums. Auch das ist der Grund, warum dieser heute neu bespielt und reklamiert wird. Ausgangspunkt ist ein mitunter diffuses, mitunter präzise formuliertes Unbehagen daran, dass Gemeinwesenorientierung, Daseinsvorsorge und der öffentliche Raum heute in der Gefahr der Kommerzialisierung stehen. Viele wollen sich nicht damit abfinden, dass das ökonomische Interesse, dieses reduzierte Kalkül, die Sozialräume beherrscht. Das zu verhindern, ist vielen Menschen ein Anliegen, und dabei bringen sie sich selbst gleichzeitig ins (öffentliche) Spiel, in einer Rolle, die nicht auf die des Konsumenten reduziert ist. Auch davon lebt der öffentliche Raum.

Dabei ist das Wechselspiel zwischen einer gemeinwohlorientierten Nutzung des öffentlichen Raums und ihrer Wirkung auf die AkteurInnen von besonderem Interesse. Denn was bedeutet z. B. die Aneignung von städtischem Raum durch einen Flüchtling? Was bedeutet es, nach der jahrelangen Erfahrung, unerwünscht zu sein, nicht dazuzugehören, sich auf fremdem Terrain zu bewegen, als Fremde gespiegelt zu werden, vielfältigen Ausschluss zu erfahren, plötzlich einen öffentlichen Raum für sich zu nutzen und ihn sich

anzueignen, wie dies im Fall eines Interkulturellen Gartens geschieht? Einen lokalen Ort als den eigenen bezeichnen zu können und dies in einem performativen Akt zu realisieren, ist eine wirksame Strategie, in einem umfassenden Sinne anzukommen. Produktiv werden auf öffentlichem Grund und Boden; das ist nicht dasselbe, wie einen öffentlichen Park zum Grillen oder Spaziergehen zu nutzen.

Die Beispiele München und Berlin

Den öffentlichen Raum zur Verfügung für Interkulturelle und / oder Nachbarschaftsgärten zu stellen, setzt zunächst einmal voraus, dass überhaupt Freiraum vorhanden ist. In deutschen Städten ist die Ausgangslage in Bezug auf Brachflächen sehr unterschiedlich. Es gibt sogenannte schrumpfende urbane Räume, und es gibt nach wie vor urbane Wachstumsregionen, die sogar einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Problematisch ist die selektive Abwanderung aus den Schrumpfräumen, die dazu führt, dass die bildungsfernen und ökonomisch unterprivilegierten Milieus tendenziell unter sich bleiben, was deren marginalisierte Lage zementiert. Anders problematisch ist es, wenn überhaupt keine Flächen zur Verfügung gestellt werden, weil der ökonomische Druck so hoch ist, dass nur noch Investoren zum Zuge kommen. Es liegt auf der Hand, dass insbesondere teure und attraktive Großstädte wie München in noch stärkerem Maße eine Bodenvorratspolitik betreiben müssten, die gemeinwesenorientierte Belange berücksichtigt. Wenn nämlich die Stadt Flächen zur Verfügung stellt, wachsen Gärten wie Pilze aus dem Boden. Das Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedete im Juni 2006 die Lokale Agenda und machte sie damit zur „Leitidee der künftigen Landespolitik“. In der Vereinbarung zwischen Senat und Agenda gelten Interkulturelle Gärten als Leitprojekte, die eine spezielle Förderung durch Flächenzuweisung und materielle Unterstützung erfahren. Dies blieb nicht ohne Folgen. Die Berliner Senatsverwaltung spricht heute stolz von Berlin als der „Hauptstadt der Interkulturellen Gärten“. Auf Berliner Stadtgebiet befinden sich im Mai 2008 17 Interkulturelle Gärten; weitere 11 Initiativen sind im Aufbau. Dagegen existieren in München zum gleichen Zeitpunkt vier Gärten; und nur weitere drei befinden sich im Aufbau. Die augenscheinliche Differenz lässt sich nicht allein über die unterschiedliche Größe beider Städte erklären – und auch nicht mit mangelndem Engagement der Münchener Stadtverwaltung für interkulturelle Fragen. Vielmehr reflektieren die unterschiedlichen Zahlen sehr plastisch den ökonomischen Druck, der auf den Flächen in einer Stadt wie München liegt. Gleichwohl hat auch der Münchener Stadtrat im Mai 2007 ein „Pilotprojekt Gemeinschaftsgärten“ beschlossen. Die Stadträtin Mechthild von Walter schlug vor, mindestens zwei Gärten in allen 25 Bezirken der Stadt einzurichten. Zunächst wird jedoch erst einmal zwei Jahre lang „geprüft und bewertet“.

Nachbarschaft leben, das Stadtviertel erschließen

Interkulturelle Gärten liegen an mehr oder weniger markanten Orten im städtischen Gefüge. Sowohl aus der Perspektive der GärtnerInnen als auch aus der der AnwohnerInnen ergeben sich zuvor häufig undenkbar Anschlussstellen. Zunächst einmal erregt der Garten die Aufmerksamkeit der Nachbarn. Sie kann sich in einem lebendigen Interesse an dem hier neu Entstehenden äußern, sich aber auch in misstrauischem Beäugen bis hin zu offener Ablehnung niederschlagen. So stießen die GärtnerInnen im ersten interkulturellen Nachbarschaftsgarten Wiens im Frühjahr 2008 auf ein reges Interesse im Bezirk: Wochenlang betrachteten die Passanten die neuen Gemüsebeete an der belebten Einkaufsstraße mit Erstaunen und Sympathie, viele hielten einen Plausch über dem Gartenzaun oder fragten nach, ob noch freie Parzellen zu vergeben seien.

Indessen mobilisierte zwei Jahre zuvor eine rechtsextremistische Partei in einem Ost-Berliner Stadtteil zu Demonstrationen gegen den neu entstehenden Garten und setzte alles daran, die „Ausländer“ wieder aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben. Dass dies nicht gelang, ist u.a. der Mobilisierung von UnterstützerInnen aus dem gesamten Berliner Stadtgebiet zu verdanken, die gegen die Ausgrenzung ihrer MitbürgerInnen vor Ort demonstrierten. Das zeigt auch, welchen Bekanntheitsgrad und welche hohe Wertschätzung Interkulturelle Gärten in der Stadtgesellschaft in den wenigen Jahren ihres Bestehens errungen haben.

Aus der Perspektive der GärtnerInnen sind die Gärten Aussichtspunkte zur Erschließung der Umgebung. Sie verleihen Überblick und sind zugleich ein schützender Raum, in den man sich bei Bedarf wieder zurückziehen kann. Da Interkulturelle Gärten in der Regel nicht von unüberwindlichen Zugangssperren umgeben sind, verlaufen die Übergänge von der Parzelle ins Stadtviertel fließend. In vielen Gärten werden die Quartiere entweder von Anfang an bewusst in den Aufbau des Gartens einbezogen oder zumindest nach und nach erschlossen. Grenzt ein Gartenprojekt an einen Kindergarten oder an eine Schule, dann liegt es auf der Hand, den Kindern ein eigenes Beet anzubieten oder zusammen ein Umweltbildungsprojekt durchzuführen. Liegt ein Altersheim in der Nähe, werden vielleicht während eines gemeinsamen

Teetrinkens bei arabischem Gebäck Pläne für ein intergenerationelles Gärtnern geschmiedet. Klar ist, dass sowohl der Garten als auch die Nachbarschaften voneinander profitieren können und dass der Austausch auf räumlicher und institutioneller Ebene dazu führt, dass die GärtnerInnen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte ihr Viertel mit neuen Augen sehen können. Nämlich mit den Augen derjenigen, die mitgestalten. Insofern verändern sich nicht nur die eigenen Parzellen, die umgegraben und immer wieder neu bepflanzt werden, auch das Stadtviertel selbst verändert sich in der Wahrnehmung der ZuwanderInnen. Hat z. B. eine Gärtnerin erfolgreich an den Verhandlungen um einen Wasseranschluss teilgenommen, ein Stadtteilstfest mitorganisiert, Gäste bewirbt und sie durch den Garten geführt, wird die nähere und weitere Umgebung zum Beziehungsgeflecht, das Wiedererkennen ermöglicht. Man trifft sich auf der Straße, man grüßt sich, man wechselt ein paar Worte. Menschen, die womöglich lange Zeit im Mikrokosmos ethnischer Bezüge, in Flüchtlingsunterkünften oder auch in der Isolation der Erwerbslosigkeit verbracht haben, erlangen plötzlich im Viertel eine Kontur. Davon profitieren nicht nur die Einzelnen, sondern auch das Ganze: Die Stadt lebt von ihren aktiven und kreativen BewohnerInnen. Empowerment braucht geeignete Methoden und Räume, die gezielt auf die Ressourcen der Menschen setzen, Räume wie die Interkulturellen Gärten.

Stadtökologie

Neben den sozial-kulturellen Aspekten spielen für eine nachhaltige Stadtentwicklung die stadtökologischen Dimensionen eine unverzichtbare Rolle. Interkulturelle Gärten bieten hier insbesondere zwei Zugänge: Zum einen sind sie grüne Inseln und verbessern damit ebenso wie Parks das Mikroklima. Zum anderen eröffnen sich in Interkulturellen Gärten auch neue Formen des Naturzugangs für die Stadtbevölkerung – sowohl über die Bearbeitung und Betrachtung der Natur als auch über innovative Ansätze in der Umweltbildung. Wie die jüngsten Bemühungen einiger großer Umweltverbände um die Migrationsbevölkerung zeigen, ist die Umweltbildung gerade dabei, sich interkulturell zu öffnen. Man beginnt sich endlich von der Annahme zu verabschieden, „die Ausländer“ würden ihren Müll nicht richtig trennen und deshalb auch sonst nichts mit Ökologie zu tun haben wollen.

Auch in diesem Bevölkerungssegment ist eine durchaus hohe Sensibilität für Umweltthemen vorhanden. Dies belegt z. B. die 2003 vom Umweltbundesamt und dem Zentrum für Türkeistudien herausgegebene Studie zum Umweltverhalten türkischstämmiger MigrantInnen. Auch den Aktiven in den Interkulturellen Gärten liegt daran, hierzulande in ökologisch relevante Belange einzugreifen. Dieses Bedürfnis birgt eine bislang noch unterschätzte Motivation für ökologisches Engagement.

Der Garten ist ein Ort, der alle Sinne anspricht. Viele bezeichnen ihn als „Balsam für die Seele“. Es tut gut, im Garten zu sein, die Ruhe wahrzunehmen, die Vitalität der Natur, ihre Farben und Formen, die das Schönheitsempfinden ansprechen, ihre Gerüche, die Erinnerungen freisetzen. Die Erfahrung vieler MigrantInnen, dass ihre Anwesenheit hinterfragt und angezweifelt wird, entfällt im Garten. Natur bewertet nicht, Natur beheimatet.

Das gilt nicht nur für MigrantInnen. Viele GärtnerInnen beschreiben mit großer Empathie die heilenden Wirkungen des Gartens. Und das ist kein Wunder, wie wir heute (wieder) wissen. Menschen ohne Naturerfahrungen verkümmern seelisch. Das Glück, das Menschen empfinden, wenn sie in Berührung mit Natur sind, ist Ausdruck davon, dass wir uns aufgehoben und getragen fühlen im Lebendigen in uns. Dies ist beileibe kein „romantischer Kitsch“, sondern Kernthese einer neuen Richtung in den Lebenswissenschaften, die zu dem Ergebnis kommt, dass der Verlust der Natur – im Alltag der Stadtmenschen aber auch im Verlust der Artenvielfalt – weit mehr bedeutet als eine klimatische Katastrophe. Der Biologe und Philosoph Andreas Weber warnt: „Dem Menschen droht ein emotionaler Verlust, der die Grundstruktur seines Wesens angreift, (das) befürchten auch Psychologen der Harvard-Universität. Sie nehmen an, dass bereits im Jahr 2020 Depressionen nach Herz- und Kreislaufproblemen die weltweit zweithäufigste Gesundheitsstörung sein werden – auch aufgrund zunehmender Entfremdung von der Natur. Weil alle unsere Eigenschaften, auch die ‚menschlichsten‘, letztlich aus einem organischen Boden wachsen, kann sich der Mensch nur dann ganz verstehen, wenn er sich – als Kulturwesen – innerhalb der Natur versteht. Für den Menschen liegt das größte Risiko der Umweltzerstörung darin, dieses Verständnis zu verschütten.“ (Weber 2008:18f.)

Der Garten ermöglicht auf eine unaufdringliche Weise die Erfahrung von Ganzsein und Präsentsein. Er ist ein Ort der Erdung und des Werdens und Vergehens, ein Abbild auch des menschlichen Lebens, mit dem man sich für Momente versöhnen kann, auch wenn dies in der durchökonomisierten und effizient organisierten Hochmoderne zunehmend schwierig wird. Gärten erinnern. Sie sind auch „...Erfahrungs- und Wissens-Räume, vielleicht sogar Weisheits-Räume, denn sie bilden ein wohltuendes und nährendes Gegengewicht zu rationalistischen modernen Mythen wie die Subjekt-Objekt-Unterscheidung und die Vorstellung der totalen technischen Steuerbarkeit des Weltgeschehens durch

wissenschaftlich-technische Interventionen. Gärten sind Räume des Wachstums. Sie sind damit nicht-lineare Räume, in denen Konstanz, gärtnerisches Wissen und Fürsorge belohnt werden.“ (Werner 2008:2) Wohl auch deshalb liegt der Nutzgarten gerade in westlichen Gesellschaften im Trend. Jedenfalls reiben sich die Feuilletonisten schon verwundert die Augen: „Wie sexy sind Blumen und Bienen?“ fragt die FAZ ausgelassen, und eine Meldung in der New York Times veranlasst Alex Rühle von der Süddeutschen sogar zu Feldforschung an Münchener Kleingartenzäunen. Das Leitmedium der westlichen Presse hatte vorgeschlagen, die komplette Selbstversorgung in Städten auf Gärten umzustellen – als CO₂-Kompensationsstrategie der westlichen Metropolen (vgl. SZ vom 15.5.2008; FAZ vom 3.5.2008). Noch wirkt der Garten aber vor allem als Fundgrube in Bezug auf (Lebens-)Sinn. Das moderne Individuum ist hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch nach Freiheit und Autonomie, nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und der Sehnsucht nach Eingebettetsein in ein größeres Ganzes; sei es soziale Gemeinschaft, sei es Natur oder sei es ein sinngebender spiritueller Zusammenhang. Als einer der wenigen Orte ermöglicht der Garten beides: in Verbindung mit der Natur und gleichzeitig mitten in einer pulsierenden Stadt zu sein, ganz bei sich zu sein und doch in der Welt, das Eigene zu gestalten und dem Fremden zu begegnen, die Erde zu spüren und die eigene Identität neu zu entdecken. Wenn die nachhaltige Stadt solche elementaren Erfahrungen von Mensch-Sein ermöglicht, schafft sie die wichtigste Voraussetzung ihres Fortbestehens: Menschen, die sich die Stadt in einem kreativen und demokratischen Prozess aneignen und gestalten.

Literatur

- Baier, Andrea/ Müller, Christa/ Werner, Karin (2007): Wovon Menschen leben Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes, München: oekom
- Bauriedl, Sybille, Schindler, Delia, Winkler, Matthias (Hg.) (2008): Stadtzukünfte denken. Nachhaltigkeit in europäischen Stadtregionen, München: oekom
- Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München: Hanser
- Bude, Heinz, Willisch, Andreas (2008): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“, Frankfurt/M.: suhrkamp
- Castel, Robert (2008): Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs. In: Bude/Willisch: a.a.O., S. 69-86
- Dahm, Daniel/ Scherhorn, Gerhard (2008): Urbane Subsistenz. Die zweite Quelle des Wohlstands, München: oekom
- Deutscher Städtetag (2006): Strategien für den öffentlichen Raum. Ein Diskussionspapier, Köln und Berlin (verfügbar unter: www.staedtetag.de/imperia/md/content/schwerpunkte/fachinfos/2006/27.pdf)
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg: Argument Verlag
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2008): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt/M.: edition suhrkamp
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/New York: Campus
- Müller, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse, München: oekom
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Frankfurt/M.: Campus
- Taborsky, Ursula (2008): Naturzugang als Teil des Guten Lebens. Die Bedeutung Interkultureller Gärten in der Gegenwart, Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag
- Weber, Andreas (2008): Alles fühlt. Mensch, Natur und die Revolution der Lebenswissenschaften, Berlin: BvT
- Werlhof, Claudia von/ Mies, Maria/ Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983): Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek: rororo aktuell
- Werner, Karin (2008): Interkulturelle Gärten als Sozialräume der Mikro-Integration München: Stiftung Interkultur-Skripte zu Migration und Nachhaltigkeit, Band 6
- Zentrum für Türkeistudien (2003): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der türkischen Migranten in Deutschland – Untersuchung zum gegenwärtigen Stand und Ermittlung von Möglichkeiten ihrer Einbeziehung, Essen: Selbstverlag

Autorin

Dr. Christa Müller, Geschäftsführende Gesellschafterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung und ertomis und der Stiftung Interkultur in München, Studium der Soziologie und Politikwissenschaft an den Universitäten Bielefeld, Marburg und Sevilla, langjährige Forschungsaufenthalte in städtischen und ländlichen Kontexten Lateinamerikas, Spaniens und Deutschlands, Lehraufträge an der Universität Innsbruck und div. Fachhochschulen, 1998 Schweisfurth Forschungspreis für Ökologische Ökonomie.